

2014-10-27

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 24.09.2014

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:50 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal des Rathauses Dessau  
**Leitung der Sitzung:** Herr Lothar Ehm Stadtratsvorsitzender  
Herr Frank Hoffmann 1. Stellvertreter  
Frau Angelika Storz 2. Stellvertreterin

**Anwesend:** **Soll: 49** **Ist: 41**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

### **Es fehlten:**

#### **Fraktion der CDU**

Kolze, Jens

#### **Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**

Sanftenberg, Angela  
Schildhauer, Dirk  
Stabbert-Kühl, Sabine  
Stöbe, Karin

per 22.09.2014 Rückgabe Mandat

#### **Fraktion der SPD**

Perl, Gabriele

#### **Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**

Busch, Thomas  
Dammann, Karin  
Lüddemann, Cornelia

## Öffentliche Tagesordnungspunkte

### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung des Stadtrates wurde durch den Vorsitzenden, **Herrn Lothar Ehm**, eröffnet. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums (derzeit mit 37 Stimmberechtigten) fest.

In dem Zusammenhang teilte Herr Ehm mit, dass der Stadtrat der Fraktion Die Linke, Herr Dirk Schildhauer, sein Mandat mit Wirkung vom 22.09. niedergelegt habe. Der Nachfolgekandidat wurde durch das Stadtwahlamt angeschrieben, eine Rückäußerung liegt noch nicht vor. Insofern besteht der Stadtrat derzeit aus 49 Stadträten und dem Oberbürgermeister.

### **2 Verpflichtung der Stadträte zur Erfüllung ihrer Amtspflichten (in Ergänzung der Konstituierenden Sitzung)**

Es erfolgte die Abgabe der Verpflichtungserklärung gem. § 53, Abs. 2 des Kommunalverfassungsgesetzes durch die in der Konstituierenden Sitzung nicht anwesenden Mitglieder des Stadtrates Frau Angelika Storz und Herrn Michael Puttkammer sowie durch Herrn Dr. Jost Melchior. Herr Dr. Melchior ist für das inzwischen ausgeschiedene Mitglied, Herrn Dr. Jürgen Neubert, in der Fraktion Liberales Bürger-Forum/DIE GRÜNEN im Stadtrat tätig.

### **3 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Es lag eine Wortmeldung von **Herrn Berghäuser**, Fraktion Die Linke, vor. Er kritisierte, dass ihm die Beschlussvorlage zu TOP 8.2 nicht vorliegt, die als Wiedervorlage gekennzeichnet wurde. Des Weiteren habe er keine Kenntnis vom Widerspruch des Oberbürgermeisters. Eine Wiedervorlage des Beschlusses halte er für nicht erforderlich, da in der Niederschrift der letzten Sitzung die erfolgte Wahl als korrekt bezeichnet wurde. Aus diesen Gründen stellte er den **Antrag**, den **TOP 8.2 von der Tagesordnung** zu nehmen.

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** stellte klar, das Kommunalverfassungsgesetz schreibt vor, dass der Oberbürgermeister einem Beschluss innerhalb von 14 Tagen, adressiert an den Stadtratsvorsitzenden, widersprechen muss, wenn er rechtswidrig ist. Dies habe der OB in diesem Fall festgestellt und ordnungsgemäß widersprochen. Die Folge des Widerspruchs ist, dass dieselbe Vorlage nochmals auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen ist. Dementsprechend wurde in der Einladung auf die Wiedervorlage der Vorlage, die Sie bereits in Händen haben, verwiesen.

Allerdings wurde den Mitgliedern des Stadtrates heute eine andere Vorlage übergeben, weil es Änderungsanträge zu der Vorlage gibt, die auch bis zur letzten Minute eingebracht werden können. Für das Widerspruchsverfahren reicht es aber, dass der Widerspruch an den Stadtratsvorsitzenden adressiert wird, womit dieselbe Vorlage automatisch auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung kommt. Ansonsten wurde im Haupt- und Personalausschuss am 10.09. umfassend darüber informiert und auch

allen Fraktionen Unterlagen zu den Stellungnahmen, die seitens der Verwaltung eingeholt worden sind, zugeleitet.

**Herr Grey**, Mitglied NPD, bat um Einfügung eines Punktes „Anträge“ unter 3. Daraufhin verwies Herr Stadtratsvorsitzender Ehm auf den TOP 7.5 – Sonstige Anfragen und Mitteilungen. Hier haben die Mitglieder des Stadtrates Gelegenheit, Fragen, Anträge und Informationen einzubringen.

Auf den Antrag von Herrn Berghäuser zurückkommend, merkte **Herr Weber**, Fraktion Liberales Bürger-Forum/DIE GRÜNEN; an, er habe ihn so verstanden, dass er die formgerechte Einladung bemängelte. Es seien nicht alle Mitglieder des Stadtrates Mitglieder einer Fraktion oder Fraktionen sind in den Ausschüssen nicht vertreten. Die Kritik zur formgerechten Ladung sollte nochmals zum Nachdenken anregen.

Es sei richtig, dass nicht alle Fraktionen in allen Ausschüssen vertreten sind, bestätigte **Frau BM Nußbeck**. Frau Benckenstein war jedoch in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses anwesend und die Fraktion der AfD hat auch die Unterlagen zugereicht bekommen. Richtig sei aber auch, dass das Mitglied, welches keiner Fraktion angehört, nicht die Informationen über die Ausschüsse erhält. Dennoch sei die Einladung ordnungsgemäß erfolgt und die zur Tagesordnung gehörigen Beschlussvorlagen sind vollständig beigefügt. Wiedervorlage bedeute, dass eine bereits übergebene Vorlage nochmals behandelt wird.

**Herr Eichelberg**, SPD-Fraktion fragte nach, ob es sich hier um den heute ausge-reichten Beschlussvorschlag handelt. **Frau BM Nußbeck** erklärte, dass dies ein heute eingebrachter Änderungsvorschlag zu der bereits zur letzten Stadtratssitzung behandelten Beschlussvorlage sei. Inhaltliche Erläuterungen werde sie zum Tagesord-nungspunkt noch geben.

Es erfolgte die Abstimmung zum **Antrag** von Herrn Berghäuser zur **Absetzung** des **TOP 8.2** von der Tagesordnung. Der Antrag wurde mehrheitlich (09:25:07) **abgelehnt**.

An dieser Stelle stellte **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** den Antrag auf Aufnahme eines weiteren Punktes. Die Fraktionen des Stadtrates haben gemeinsam eine Reso-lution zum Erhalt der Justizvollzugsanstalt in Dessau-Roßlau erarbeitet. Diese Reso-lution sollte direkt im Anschluss an die Beschlussfassung zur Tagesordnung behan-delt werden, was er hiermit beantrage.

Diesem Antrag wurde einstimmig entsprochen. Die Behandlung der Resolution wur-de als 3.1 in den Sitzungsablauf eingeordnet.

Die Tagesordnung wurde in der ergänzten Fassung mehrheitlich beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 36:01:04

### **3.1 Resolution des Stadtrates zum Erhalt der JVA Dessau-Roßlau**

Der **Stadtratsvorsitzende Lothar Ehm** verlas die von allen Fraktionen getragene Resolution des Stadtrates, welche an die Landesregierung gerichtet ist, die Justiz-

vollzugsanstalt Dessau-Roßlau zu erhalten und von den Schließungsabsichten zurückzutreten.

Im Anschluss stimmte der Stadtrat dieser Resolution **einstimmig** zu.

#### **4 Genehmigung der Niederschriften vom 18. Juni und 09. Juli 2014**

Zur Genehmigung lagen die Niederschriften der letzten Sitzung der vergangenen Legislaturperiode am **18. Juni** sowie die der Konstituierenden Sitzung des Stadtrates vom **9. Juli 2014** vor.

Beide Niederschriften wurden **mehrheitlich genehmigt**.

#### **5 Berichte des Oberbürgermeisters**

##### **5.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt**

Über die Ereignisse und Höhepunkte in der Stadt seit der konstituierenden Sitzung des Stadtrates Dessau-Roßlau am 9. Juli 2014 berichtete **Herr Oberbürgermeister Kuras**.

Das **Kommunalverfassungsgesetz** trat zum 01. Juli 2014 in Kraft und bildet eine neue rechtliche Rahmenbedingung, welche die Verwaltung und die Mitglieder des Stadtrates als ehrenamtliche Mandatsträger vor neue Herausforderungen stellt.

Bereits Inhalt der soeben beschlossenen Resolution ist die für uns bestehende weniger schöne Situation, dass die **JVA Dessau** geschlossen werden soll. Man habe sich auch bereits dagegen gewehrt und Herr Kuras hatte zu einer Demonstration aufgerufen, welche am 28. Juli stattfand. Den Räten und auch Bediensteten der Stadt, aber auch des Justizwesens, die daran teilnahmen, sprach er an dieser Stelle seinen herzlichsten Dank aus.

Ein Thema, welches ebenfalls aktuell ist und geklärt werden muss, ist das der ehemaligen **Schultheissbrauerei**. Am 7. August habe Herr Kuras mit einem Vertreter des Stadtrates und mehreren Vorstandsmitgliedern aus dem Brauhausverein das Gebäude besucht und an Ort und Stelle die Probleme erörtert.

Der **Ministerpräsident** unseres Landes weilte am 25. Juli in unserem Haus zu einem Antrittsbesuch und Herr Kuras machte dann am 05. August einen Gegenbesuch in der Staatskanzlei. Hier wurde über viele gegenseitig berührende Fragen gesprochen, u. a. auch zur Theaterfinanzierung und zur JVA. Herr Kuras habe an den Regierungschef appelliert, wenn denn die Kabinettsvorlage kommt, die eine Gesetzesänderung zum Inhalt haben soll, sich sehr genau die Argumente und die Zahlen anzuschauen - ihn selbst haben weder die Zahlen noch die Argumente überzeugt – und habe ihn daran erinnert, dass in seinem Wahlkreis eine wichtige Landesbehörde geschlossen werden soll. Dies sei ein weiterer Eingriff in die oberzentrale Funktion, den die Stadt nicht widerspruchslos hinnehmen könne.

Der **Kultusminister** war am 24. Juli im Rathaus Dessau und hat mit dem OB gemeinsam ein Pressegespräch mit der Mitteldeutschen Zeitung abgehalten zum The-

ma Bauhausmuseum. Hierzu gibt es heute eine gesonderte Vorlage, auf die Herr Kuras im TOP 8.9 näher eingehen werde.

Im **Sportbereich** fanden herausragende Veranstaltungen statt.

- Es gab eine Box-Gala in der Anhalt-Arena, das WM-Projekt Robert Stieglitz am 26.07., zu der es von Sat1 eine 4-stündige Direktübertragung gab. Allen Organisatoren und dem Sportdirektor, Herrn Hirsch gilt hier der besondere Dank.
- Die Modellboot-Weltmeisterschaft fand im Waldbad statt,
- Ende August ein Volleyball-Länderspiel der Herren Deutschland – USA und der Frauen Deutschland – Griechenland
- sowie der 16. Dessauer avendi City-Lauf mit einer Rekordteilnehmerzahl von etwa 1.700 und dies angesichts des schlechten Wetters.

Ähnlich Positives gibt es aus dem **Kulturbereich** zu berichten, so zum

- **Heimat- und Schifferfest** in Roßlau. Hier könne Herr OB Kuras nur mit großem Respekt darüber sprechen, in welcher ansprechenden Form dieses durchgeführt wurde und in welcher Art und Weise Ehrenamt dazu beiträgt. Es ist durchaus anspruchsvoll, von Donnerstag- bis Sonntagabend über eine solch lange Zeit den Spannungsbogen zu halten. An Herrn Tonndorf gerichtet, beglückwünschte Herr Kuras diesen zu ihrer Arbeit, die das Fest zu einem wirklichen Höhepunkt in diesem Jahr werden ließ.
- Es gab in Dessau-Roßlau zwei Ausstellungseröffnungen, so die „Geoffroy Gross“ in der Orangerie des Georgiums unter Mithilfe der Berliner Landeszentrale und des französischen Kulturattachés,
- im Kulturzentrum Heise gab es die Eröffnung der Ausstellung eines ehemaligen Mitarbeiters dieses Hauses, Herrn Uwe Hoyer.
- Ein ebenfalls großer zentraler Höhepunkt war das Open Air des Theaters mit anschließendem Umzug,
- das Bauhausfest am 5. September eröffnete Herr OB Kuras mit der neuen Direktorin Frau Dr. Perren, am 6. September waren dann die Highlights dort und
- ebenfalls die Eröffnung der „BrauArt“ in der alten Schultheissbrauerei mit Rekordbeteiligung und vielen Unterstützern.
- Der Tag der Offenen Tür in der DB Instandhaltung GmbH gab es am 30.08. Herr Kuras habe selten einen solchen Ansturm erlebt. Am Vortag war in der Werkhalle ein sehr ansprechendes Konzert der Anhaltischen Philharmonie.

Wie Herr Kuras in seinem Wahlkampf ankündigte, habe er eine **Wirtschaftsoffensive** begonnen. Er habe derzeit 11 von insgesamt 13 geplanten Unternehmen aufgesucht und sehr interessante Gespräche geführt. Das Amt für Wirtschaftsförderung hat diese Besuche sehr professionell vor- und zum Teil schon nachgearbeitet. Wenn diese Aktion abgeschlossen ist, werde er ein Pressegespräch durchführen und eine Auswertung vornehmen. Evtl. könne auch im Wirtschaftsausschuss schon darüber gesprochen werden.

Weniger schön ist, dass man es auch mit **Insolvenzen** zu tun hatte. Die Fa. Laukötter, ein Industriebetrieb, der große Traditionen in der Stadt hat, ist in Insolvenz. Dort sei man im Gespräch, um evtl. eine Gesamtlösung zu bekommen. Im Gegensatz zu dem, was in der Zeitung stand, gibt es Interessenten, die eine Gesamtlö-

sung haben. Ebenfalls betroffen sind die Systemmöbel, was die Stadt ebenso hart treffe. Hier hoffe Herr Kuras, dass in dem Verfahren noch Möglichkeiten gefunden werden, den Betrieb weiterzuführen. Weiterhin sei auch der Karstadt-Standort seit längerer Zeit in Gefahr. Die Vorstandssitzungen und die Presseverlautbarungen wurden mit einer gewissen Bangigkeit verfolgt. Nach wie vor ist die Gefahr nicht vom Tisch. Wir können als Stadt eigentlich nur das tun, was auch im Gutachten steht, man kann die Existenz eines solchen Kaufhauses nur dann retten, wenn man die Stadt möglichst attraktiv gestaltet. Es ist für uns also in erster Linie eine Frage der Stadtgestaltung, wo Herr Kuras beispielsweise an die Kavaliertstraße oder die Zerbscher Straße denkt, wo die Stadt ihre Hausaufgaben machen müsse.

In seinem Bericht fortfahrend, erwähnte Herr OB Kuras den **Bildungsbericht**. Zu dem bundesgeförderten Projekt „Lernen vor Ort“, welches inzwischen zunächst einmal ausgelaufen ist, wurde ein Bildungsbericht vorgelegt, der doch Passagen enthält, die Herr Kuras für alarmierend halte, wo man gegenhalten müsse. Vermutlich im Oktober werde die von ihm angekündigte Hauskonferenz durchgeführt, in der alle Stellen im Haus und möglicherweise Stellen außerhalb des Hauses geprüft werden, um zu schauen, was können wir tun, um für Kinder mehr zu machen und für eine bessere Durchmischung z. B. auch von Wohngebieten zu sorgen.

Nochmals auf den **Kulturbereich** zurückkommend, informierte Herr OB Kuras zu der **Sanierungsmaßnahme Georgium**, womit sich der Stadtrat im Frühjahr d. J. auseinandergesetzt hatte. Neben der Unterbrechung der Maßnahme nach vollständiger Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel Ende 2014 hat der Stadtrat weiterhin die konsequente Fortsetzung der Sanierung beschlossen. Zum Glück konnte erreicht werden, dass es nach einem Projektauftrag des Städte- und Gemeindebundes mit den Fördermitteln weitergeht mit dem Programm „Nationale Projekte des Städtebaus“. Rechtzeitig konnte die Stadtverwaltung einen Förderantrag für das Programmjahr 2014 für einen weiteren Teilsanierungsabschnitt fristgerecht einreichen und es werden weitere finanzielle Mittel erhofft, um die Baumaßnahme auch zu Ende führen zu können.

Ein weiteres kulturelles Highlight, das unsere Stadt ziert, ist die am gestrigen Abend in **Rom in der Casa di Goethe**, dem einzigen Museum im Ausland, das von der Bundesrepublik Deutschland finanziert wird, eröffnete Ausstellung „**Sammeln und Zeichnen – Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff in Rom**“. Herr Dr. Michels hat dies übernommen, es wurden zahlreiche Einladungen verschickt. Wir haben auch die Hoffnung, dass diese Ausstellung für den Tourismus Impulse geben wird, dass sich insbesondere Kulturinteressenten auf den Weg in unsere Stadt machen.

Die am 26. Januar im **Museum für Naturkunde und Vorgeschichte** eröffnete Ausstellung „Die Oranienbaumer Heide – Der Wolf im Naturparadies“ ging am 07. September 2014 zu Ende. Die Ausstellung habe offensichtlich das Interesse der Bürger getroffen und es gab fast 5.000 Besucher.

In einem Crossover über die verschiedenen Gebiete riss Herr OB Kuras folgende wichtigen Ereignisse an:

**Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung:** Es konnten von Ende Mai bis zum 10. September insgesamt 6 Personen aus unterschiedlichen Ländern eingebürgert

werden. Im November werde es eine weitere Veranstaltung geben, in der in feierlichem Rahmen Einbürgerungen vorgenommen werden.

Im **Sozialbereich** fanden verschiedene Veranstaltungen statt, so die diesjährige **Seniorenwoche** unter Beteiligung unseres Amtes für Soziales und Integration.

Eine jetzt anlaufende Veranstaltung ist die „**Woche der gelebten Demokratie**“. Gestern gab es dazu ein Pressegespräch mit den Initiatoren. Ein spannendes Thema ist „Zivilcourage in der heutigen Zeit“ und es soll ein Rückblick auf das Jahr 1989 vorgenommen werden, Interviews stattfinden mit den Protagonisten dieser Zeit.

Weiter gibt es die bundesweit stattfindende „**Interkulturelle Woche**“. Auch hier gab es eine interessante Veranstaltung im Multikulturellen Zentrum, in der es zu dem Aspekt ausländische Bedienstete im Gesundheitswesen eine interessante Diskussion gab. Es wurde deutlich, dass im Gesundheitswesen bereits sehr viel zur Normalität wurde, was in anderen Bereichen eher noch nicht der Fall ist.

Aus dem Dezernat V gibt es eine wichtige Information: Es gibt ein **ESF-Modellprogramm „JUGEND STÄRKEN im Quartier“** von zwei Bundesministerien. Ziel ist die Begleitung von jungen Menschen mit multiplen Problemlagen oder sozialen Benachteiligungen. Dies sei s. E. eine Antwort, die auf den Bildungsbericht gegeben werde, dass wir jetzt an diesen Themen dran sind und versuchen etwas zu tun. Im Interessenbekundungsverfahren wurde zunächst seitens der Stadt der Antrag gestellt, um in dieses Programm hineinzukommen.

Das Amt für Umwelt und Naturschutz informiert, dass die **Hochwasserschutzmaßnahme** des LHW **Schöpfwerk Rossel** in Roßlau trotz des Zeitverzuges nunmehr kurz vor dem Abschluss steht. Für Anfang November ist ein Termin geplant, an dem der Ministerpräsident auch persönlich nach Roßlau kommen und dieses Schöpfwerk einweihen will.

Herr Kuras habe in den Veranstaltungen in Roßlau, an denen er teilgenommen hat, immer wieder den Wunsch in der Bevölkerung gehört, es einmal besser erklärt zu bekommen, was dort eigentlich steht und wie es funktioniert. Dies sollte aufgegriffen und evtl. an einem Tag der Offenen Tür gemeinsam mit dem LHW die Betroffenen in der Südstraße und andere in die Geheimnisse eingewiesen werden.

Eine zweite Maßnahme ist die Errichtung einer **Fischaufstiegsanlage (FAA)** am Stadtwehr in Dessau. Hier gab es von der Stadt schon lange eine geplante Maßnahme. Unsere Untere Wasserbehörde hat jetzt die notwendigen entsprechenden Genehmigungen erteilt, so dass in den kommenden beiden Jahren eine Realisierung dieses Vorhabens möglich ist.

Herr OB Kuras beendete seinen Bericht und bedankte sich für die Aufmerksamkeit.

## **5.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

Herr Oberbürgermeister Kuras gab die im nichtöffentlichen Teil der zurückliegenden Sitzungen des Stadtrates gefassten Beschlüsse bekannt:

**18.06.2014**

- Grundstücksangelegenheit - Verkauf einer Teilfläche im Gewerbegebiet Roßlau-Ost
- Grundstücksangelegenheit – Verkauf zweier Teilflächen im Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet G 2
- Information über die Eilentscheidung des OB zur Abgabe einer Bürgschaftserklärung zugunsten der IVG Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH.

In der Konstituierenden Sitzung des Stadtrates am **09.07.2014** gab es keine nichtöffentlichen Beschlüsse.

## 6 Einwohnerfragestunde

Herr **Andreas Kühn(e?)**, wohnhaft in Dessau, sprach an, er habe den Gremien der Stadt vor einigen Monaten seine Kritikpunkte zum Abriss des Impfstoffwerkes mitgeteilt. Herr Hantusch hatte ihm damals eine Beantwortung zugesagt. Bisher ist keine Antwort eingegangen.

Die Angelegenheit wurde in seinem Dezernat besprochen, bestätigte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Er wisse jetzt aber nicht, ob vom Dezernat oder von der zuständigen Stelle (die SALEG) eine Antwort kommen sollte. Es werde aber jetzt innerhalb einer bis zwei Wochen geklärt.

Die Anfrage von Bürgern, welche sich an das **Fraktionsbüro der CDU** gewandt hatten, richtete **Herr Trocha** an die Verwaltung. Es geht dabei um Objekte, welche an Schildern angebracht wurden, wie Kameras aussehen und es gibt den Hinweis auf eine Verkehrszählung. Beispielsweise wurden diese an Verkehrsschildern am Ortszugang Kochstedt und auch in Richtung Aken gesehen. Die Frage lautet, ist dies bekannt und genehmigt. Seines Erachtens dürfe an Verkehrsschildern gar nichts angebracht werden.

Es handelt sich um eine Verkehrszählung am gestrigen Tag über 24 Stunden, die dazu diene, weitere Daten zu sammeln über den Quell-, Ziel- und Durchgangsverkehr, erklärte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes**. Die Daten werden für die weitere Verkehrsplanung erfasst. Die Standorte sind mit Polizei und Verkehrsamt abgestimmt worden, auch die Datenschutzbeauftragten sind informiert.

Weitere Fragen wurden nicht angezeigt. Die Einwohnerfragestunde wurde geschlossen.

## 7 Öffentliche Anfragen und Informationen

### 7.1 Bedarfsabfrage zur Sanierung von Schulstandorten und zur Ausstattung mit Informationstechnik in der Stadt Dessau-Roßlau gemäß des geplanten Förderprogramms Vorlage: IV/043/2014/V-40

Nach dem Aufruf des Tagesordnungspunktes gab **Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler** eine auch die Informationsvorlage zum TOP 7.2 betreffende zusammenfassende Einführung. Beide Vorlagen haben einen sehr interessanten Hintergrund, es geht darum, im Rahmen des Förderprogramms STARK III landesweit

alle Kindereinrichtungen und Schulen energetisch zu sanieren. Die Schulstandorte, die langfristig gesichert sind, ebenso wie die Kindereinrichtungen, die den Demografie-Check bestanden haben, sollen in einen Zustand versetzt werden, der auch langfristig für uns Betriebskosten senkt.

Die Krux dieser beiden Informationsvorlagen besteht darin, dass uns weder die Landesförderrichtlinien noch die entsprechenden Vorgaben bekannt sind, so dass man sich zunächst sehr bemüht habe, bis zum Termin 30.09. alle Bedarfe unserer Stadt gegenüber dem Land deutlich zu machen. Dies ist geschehen und man könne feststellen, dass insbesondere die Thematik Schulsanierung im Bereich STARK III in drei Fachausschüssen des Hauses mit großer Zustimmung begleitet wurde. Bei den Kindereinrichtungen war dies leider nicht möglich, weil wir auf die Zuarbeiten der freien Träger angewiesen waren. Die Stadtverwaltung gehe davon aus, dass zum Jahresende 2014 die Förderrichtlinie vorliegt und dann auch entsprechend mit den Haushaltsplanungen der kommenden Jahre Einfluss darauf genommen werden kann, welche Eigenmittel die Stadt Dessau-Roßlau für dieses Programm zur Verfügung stellt. Insofern bat **Herr Dr. Raschpichler** hier um Kenntnisnahme und Unterstützung. Alles Weitere müsse dann in den Fachausschüssen und im Stadtrat besprochen und beschlossen werden.

Auf die Nachfrage von **Herrn Tonndorf**, Fraktion Liberales Bürger-Forum/DIE GRÜNEN, wie es mit den Schulen ist, die im Programm STARK II begonnen wurden, wie z. B. die Bieth-Schule, Standort Goethestraße und ob es dort Vorabsprachen gibt, dass es automatisch weitergeht, erwiderte **Herr Dr. Raschpichler**, man gehe davon aus, dass der konkret angesprochene Standort durch das Land begleitet wird. Es gibt hier entsprechende Vorabsprachen und es werde sichergestellt, dass der Standort fertiggestellt wird.

**Herr Grey**, Mitglied der NPD, merkte an, ihm sei die Erhöhung des Gesamtausgabebedarfs aufgefallen. Er könne es verstehen, wenn unvorhergesehene Dinge auftreten, aber bei Dingen wie Schlosserarbeiten etc. frage er, ob diese auf Änderungswünschen des Bauherren beruhen oder darauf, dass evtl. bei der Planung und Ausschreibung nicht alles vorab berücksichtigt wurde. An dieser Stelle wies **Herr Dr. Raschpichler** darauf hin, dass die Frage bereits den TOP 7.3 betreffe und er würde sie nach Aufruf dieses Punktes beantworten.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

**7.2 Bedarfsanmeldung zur Sanierung von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Dessau-Roßlau im Rahmen des „Innovations- und Investitionsprogramms zur Modernisierung und energetischen Sanierung von Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie zur Verbesserung der informationstechnischen Ausstattung in Schulen – STARK III“  
Dessau-Roßlau  
Vorlage: IV/047/2014/V-51**

Erläuterung siehe TOP 7.1.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

### 7.3 **Novellierung des Maßnahmebeschlusses zur Teilsanierung der Grundschule "Ziebigk"** **Vorlage: BV/141/2014/V-40**

Die Beantwortung der Anfrage von Herrn Grey (s. TOP 7.1) übernahm **Herr Bekierz**, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement. Er erklärte, die Frage so verstanden zu haben, warum es grundsätzlich zur Erhöhung des Ausgabebedarfs kommen könne. Der Stadtrat fasse Maßnahmebeschlüsse auf der Grundlage einer sog. Vorplanung, was die erste Stufe eines Bauprojektes sei. Hier werde mit relativ groben Kostenannahmen eingeschätzt, was das Projekt in etwa kosten wird. Das Wesentliche am Maßnahmebeschluss ist aber, dass festgelegt wird, was getan werden soll. Dabei kommt es in der Ausführung immer zu Kostenabweichungen nach oben und nach unten. In der Regel werde im Laufe des Projektes, wo immer es möglich ist, durch Anpassung Kostenerhöhungen entgegengesteuert.

Es gelinge aber nicht immer, die Gesamtkosten einzuhalten. Deshalb werden uns immer wieder Projekte begleiten, bei denen der beschlossene Kostenrahmen nicht ausreicht.

STARKE III ist ein darüber hinausgehender Sonderfall, in dem wir bei den Projekten schon Kostenanmeldungen auf der Grundlage von noch niedrigeren Unterlagen als Vorplanungen in der 1. Phase hatten, also mit noch groberen Kostenschätzungen beginnen mussten und zu dem Zeitpunkt noch nicht einmal die Richtlinien klar waren. Hier sei man in ein Risiko gegangen, was aber unterm Strich für die Stadt den großen Vorteil hat, dass wir gerade die Grundschule Ziebigk, eine Schule, die wir bereits mit drei Teilmaßnahmen Stück für Stück versucht haben zu ertüchtigen, jetzt in einem Stück fertig machen können. Dabei müsse das Förderbudget eingehalten werden, es werden aber gerade bei Sanierungsmaßnahmen bei der laufenden Arbeit immer wieder Dinge festgestellt, die so nicht eingeplant waren bzw. werden konnten.

Dies werde immer wieder vorkommen und könne nicht verhindert werden. Es sei auch keine Fehlplanung, weil grundsätzlich gegenüber der Kostenschätzung jeder Planer bei seiner Planung mit +/- 20 % in einem ordentlichen Korridor ist. Herr Bekierz könne aber versichern, so lange er in dieser Stadtverwaltung ist, könne er deutlich sagen, dass in all den Jahren das Gesamtbudget im Hochbau nie überzogen wurde. Es gibt immer Projekte, die etwas teurer, andere, die etwas günstiger werden.

Auf den Vergleich von **Herrn Mrosek**, Fraktion der AfD, mit einem privaten Haushalt bei Kostenschätzungen eingehend, betonte **Herr Bekierz**, dies sei nicht so. Er habe es bereits schon vor längerer Zeit einmal im Ausschuss dargestellt und könne anbieten, da es auch etliche neue Mitglieder im Stadtrat gibt, vielleicht im Rahmen einer Ausschusssitzung vorzustellen, wie ein Projekt abläuft. Tatsächlich sei es so, in der Phase einer Vorplanung, wo es nicht einmal einen Entwurf gibt, beschließt der Stadtrat, dass er eine solche Maßnahme durchführen und Mittel in einer benannten Größenordnung zur Verfügung stellen will. Dann erfolgt zunächst eine Entwurfsplanung, dann eine Ausführungsplanung. Danach werden die Ausschreibungen erstellt. Hier gibt es die große Unbekannte, nämlich den Preis, den ein Unternehmen anbietet. Bei Ausschreibungen gibt es Bandbreiten, wo es einen Unterschied vom ersten zum letzten Bieter von 400 % gibt – wer hat Recht, der erste oder der letzte? Hier sind Unwägbarkeiten, wo es über eine Kostenschätzung geht. Im Gegensatz zum Privaten kann man nicht sagen, ich habe einen Betrag X und suche ein Unternehmen und lass mich beraten, was ich tun soll, sondern ich habe eine öffentliche Ausschreibung,

in der genau beschrieben wird, was ich haben will. Wenn die Bieter ihr Angebot gebracht haben, hat der Bestbieter ein Recht auf Zuschlag, das er einklagen kann. So baut die öffentliche Hand.

Herr Stadtratsvorsitzender Ehm gab die Empfehlung, das Angebot von Herrn Bekierz zur Erläuterung in einem Ausschuss für die Interessierten aufzugreifen.

**Herr Berghäuser**, Fraktion Die Linke, verwies auf notwendige Änderungen in der Vorlage, so das Datum der Beratung Stadtrat und die Änderung des Namens des Vorsitzenden des Stadtrates (Herr Ehm für Herrn Dr. Exner) auf Seite 3. Dazu erläuterte **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm**, dass es sich um eine Vorlage handelt, die in der Beratungsfolge aus der alten Legislaturperiode stammt und aus Sparsamkeitsgründen wollte man die gesamte Vorlage nicht nochmals über 50 x fertigen und ausreichen.

Die Informationsvorlage wurde durch den Stadtrat zur Kenntnis genommen.

#### **7.4 Zweite Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses zur Sanierung der Grundschule Friederikenstraße 23 Vorlage: BV/162/2014/V-40**

Der Stadtrat nahm die Vorlage zur Kenntnis.

#### **7.5 Sonstige Anfragen und Mitteilungen**

- **Frau Angela Müller**, Fraktion der SPD, richtete sich in ihrer ersten Anfrage mit einer Bitte an die DVV. Sie habe als Nutzerin der Linie 12, die als Linie 10 aus Ziebigk kommt, festgestellt, dass den Busfahrern sehr wenig Zeit zur Verfügung steht, um den Fahrplan einzuhalten. Es nutzen viele alte Bürgerinnen und Bürger diesen Bus, die für das Ein- und Aussteigen mehr Zeit benötigen. Auch ist auf dieser Linie ein verstärkter Schülerverkehr. Des Weiteren muss der Fahrer oft noch die Fahrkarten verkaufen. Somit kann er die Zeiten nicht einhalten und kommt später an andere Haltestellen, was wieder Ärger bei dort wartenden Fahrgästen verursacht. Deshalb bat Frau Müller, dass geprüft wird, wie hier und auch bei anderen Linien Abhilfe geschaffen werden kann.

Die Stadtverwaltung werde dies an die DVG weiterleiten, sagte **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** zu.

Die zweite Frage von **Frau Müller** richtete sich ebenfalls an die DVG. Im Rathauscenter war bisher der Fahrkartenverkauf am Infostand möglich. Jetzt müsse man zum Zeitungskiosk gehen, wo aber oft viele Kunden warten, die Zeitungen kaufen. Warum ist ein Verkauf nicht mehr am Infostand möglich?

Den Zustand des Hochwasserschutzwalls hinter dem Drosselweg und Am Hang in Törten sprach **Frau Müller** ebenfalls an. Dieser ist sehr von Wildschweinen aufgewühlt und zu 2/3 kaum noch mit Rasen bewachsen, so dass die Bürger Angst vor dem nächsten Hochwasser haben. Was gedenkt die Stadt hier zu tun?

Das Thema wurde heute in der Dienstberatung angesprochen, berichtete **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**, weil es ebenfalls vom Ortsbeirat Törten an uns herangetragen wurde. Es wurde besprochen, den Stadtjägermeister und Jagdbeirat der Stadt zu informieren, damit in Törten eine stärkere Bejagung der Wildschweine stattfindet.

Ergänzend bat **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** darum, dass der Hochwasserlandesbetrieb über den Zustand des Deiches informiert wird. Dies wurde seitens der Verwaltung bestätigt.

- **Herr Grey**, NPD, kündigte einen Antrag und eine Information an. Der Antrag bezieht sich auf den Antrag des Vorsitzenden des Stadtrates (TOP 8.12) und es soll angefügt werden, dass die Mitglieder des Stadtrates einer Veröffentlichung der Ergebnisse zustimmen.

Hier unterbrach ihn **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** und wies darauf hin, dass ein Antrag zu einem Tagesordnungspunkt nur jeweils direkt zu dem jeweiligen Punkt erfolgen muss.

Zur Information teilte **Herr Grey** mit, dass es einen Spendenaufruf für den Polizeibeamten Andreas Schubert gibt. Das entsprechende Treuhandkonto kann bei Herrn Grey in Erfahrung gebracht werden.

- Das Ratsinformationssystem der Stadt Dessau-Roßlau sprach **Herr Trocha, CDU-Fraktion**, an. Seit vielen Jahren versuche er, dieses zu nutzen. Mal mehr, mal weniger erfolgreich – mal mit mehr oder weniger Ärger.

Zu Beginn dieser Wahlperiode, Anfang Juli diesen Jahres, haben weitere Stadtratskollegen der digitalen Versendung der Sitzungsunterlagen, sprich der Nutzung des Ratsinformationssystems zugestimmt. Dies vor allem unter dem Gesichtspunkt, Ausgaben für den Druck der Unterlagen zu sparen. Besonders die Stadträte, die in mehreren Ausschüssen tätig sind, erhielten in der Vergangenheit die gleichen Unterlagen 2 bis 3 mal. Das ist äußerst unökonomisch und nicht gerade umweltfreundlich.

Leider gebe es äußerst ärgerliche Erfahrungen mit dem Ratsinformationssystem. Diese Probleme sind der entsprechenden Abteilung im Rathaus seit Jahren bekannt, sie werden aber nicht beseitigt. An dieser Stelle fügte Herr Trocha Beispiele an.

Die Sitzungsunterlagen der heutigen Stadtratssitzung sind im Ratsinformationssystem als komplette Datei mit einer Größe von 36 MB hinterlegt. Der Download der Datei bricht oft vor dem Ende ab. Erfolgt das Herunterladen über einen sehr schnellen Internetzugang wie bspw. LTE, funktioniert es. Nun haben nicht alle schnelles Internet oder gar LTE zu Hause. Herr Trocha habe in Waldersee eine gemessene Downloadgeschwindigkeit von nicht einmal 800 kbps und ist sich sicher, nicht der Einzige zu sein, dem es so ergeht. Trotzdem könne er von anderen Internetseiten ohne Probleme Dateien herunterladen, die wesentlich größer sind als die hier genannten Sitzungsunterlagen mit 36 MB.

Ein weiterer Mangel des Ratsinformationssystem unserer Stadt ist die Pflege der

Beschlussvorlagen durch die Ämter. Manchmal fehlt die Freigabe zu einer Beschlussvorlage. Sie steht auf der Tagesordnung des Ausschusses, aber die Vorlage ist nicht einsehbar. Für die Freigabe ist einfach nur ein Häkchen zu setzen. Hier appelliere ich an die Sorgfalt der Ämter.

Gleiches trifft auf die Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse bei Beschlussvorlagen zu. Diese werden fast überhaupt nicht gepflegt. Bspw. in der heutigen Stadtratssitzung ist kein einziges Ergebnis im Ratsinformationssystem eingepflegt. Dies sollte immer zeitnah und aktuell erfolgen. Auch hier appelliere er an die Sorgfalt der Ämter, dies künftig zu tun.

Ein weiterer Punkt ist die Bereitstellung des Haushaltes im Ratsinformationssystem bzw. die digitale Ausgabe, die den Fraktionen zur Verfügung gestellt wird. Diese sind vollständig als PDF-Datei erstellt. Zu bemängeln ist, dass diese als eingescannte Datei aus einer ausgedruckten Ausgabe erstellt wird, teilweise eine sehr schlechte Qualität hat und oft sehr schwer lesbar ist. Eigentlich jedes Programm, egal ob Tabellenkalkulation oder Textverarbeitung, kann heute direkt als PDF die Dokumente exportieren. Es wäre schön wenn dies auch hier so umgesetzt würde. Dann könnte man sogar digital seine Notizen und Anmerkungen im Dokument machen und auch Texte markieren.

Als letzten Punkt sprach **Herr Trocha** die Sitzungen und Protokolle der Ortschaftsräte und des Ortsteilbeirates. Manchmal stehen die Tagesordnung und Protokolle der Ortschaftsräte im Ratsinformationssystem, manchmal nicht. Die Protokolle der Ortschaftsratssitzungen werden manchmal per Email an die Fraktionen verschickt, aber es wäre doch viel schöner wenn diese vollständig und aktuell auch im Ratsinformationssystem vorhanden wären. Da einige Beschlussvorlagen hier im Stadtrat und in den Ausschüssen besprochen werden würde der sorgfältige Stadtrat gern das Votum des Ortschaftsrates zu der einen oder anderen Beschlussvorlage wissen. Besonders aufgefallen ist, dass keine Protokolle der Sitzungen des Ortschaftsrates Rodleben per Email an die Fraktionen verschickt werden oder im Ratsinformationssystem vorhanden sind.

Abschließend betonte Herr Trocha, das Ratsinformationssystem der Stadt Dessau-Roßlau hat sicherlich viel Geld gekostet, aber die Stadträte können es bisher nicht zuverlässig nutzen.

Herr Trocha übergab seine schriftlich ausgefertigten Fragen an **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**. Frau Nußbeck erklärte, aufgrund der Vielzahl und Vielschichtigkeit der Fragen könne eine Beantwortung hier nicht sofort erfolgen. Generell könne sie zunächst betonen, dass die Verwaltung ständig an Verbesserungen arbeitet. Vieles sei aber mit finanziellen Aufwendungen verbunden. Betreffs der Abstimmungsergebnisse zu Vorlagen könne sie aber sagen, diese würden immer erst nach Bestätigung der Niederschrift – in der Regel erst in der nachfolgenden Sitzung – eingepflegt.

**Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** ergänzte, in die Überlegungen sollte einbezogen werden, zunächst die Bereitstellung von WLAN im Ratssaal und in den Sitzungsräumen 226 und 228 abzusichern. Dann hätten Mitglieder des Stadtrates hier die Möglichkeit, Sitzungsunterlagen herunterzuladen.

Die Stadtverwaltung suche nach Möglichkeiten der Schaffung von öffentlichem

WLAN auf dem Marktplatz, um den Standort gerade auch für junge Leute attraktiver zu machen, führte **Herr Oberbürgermeister Kuras** aus. In dem Zusammenhang könne man auch überlegen, ob der Ratssaal hier mit erfasst werden kann.

**Herr Trocha** betonte, seine Sitzungsunterlagen zu Hause herunterladen zu wollen und nicht erst hier im Ratssaal.

- Die Stadt Wolfsburg hat ein stadtweites, offenes WLAN-Netz, merkte **Herr Hoffmann, 1. Stellv. Stadtratsvorsitzender**, an. Das sei vielleicht mit zu bedenken.

Weiterhin führte Herr Hoffmann aus, es sei sicherlich bekannt, dass das Unternehmen IDT seine Flächen umordnet, diverse Abrisse von Wohngebäuden getätigt hat und versucht, dieser Straße eine andere Verwendung zukommen zu lassen. Hinter dem Gelände wurde eine neue Straße gebaut, sie ist auch sehr gut beleuchtet. Das Problem sei jedoch, wenn die im Moment noch durchfahrbare Straße gesperrt wird, wäre die einzige Möglichkeit, bei evtl. Umleitungen die neue Stichstraße, die sich hinter dem Gelände befindet, zu benutzen. Allerdings habe man dort Poller aufgebaut, so dass dies nicht möglich wäre. Herr Hoffmann frage deshalb, welche Planungen liegen vor, welche Nutzung sollen diese Straßen künftig haben.

Das Dezernat VI sei mit dafür verantwortlich, wir haben Fördermittel beschafft, damit die neue Straße gebaut wird, entgegnete **Herr Beigeordneter Hantusch**. Man löse also bestimmte Probleme, aber manchmal nichtöffentlich.

- Der **Fraktion Liberales Bürger-Forum/DIE GRÜNEN** sei bei der Berichterstattung über die Veranstaltung Stadtgespräche/Bürgerversammlung zum Bauhausmuseum am 14. Juli aufgefallen, dass sie im Offenen Kanal (OK) nur in Teilen gesendet wurde, sprach **Herr Fackiner** an. Daraufhin habe man beim OK angefragt, wie es dazu gekommen ist. Am 23. 9. habe man die Antwort erhalten, dass der OK im Auftrag gehandelt und das Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste unterstützt hat. Die Redaktion lag beim Amt. Außerdem wird ausgeführt, dass offensichtlich infolge der Anfrage nachträglich ein Teil hinzugefügt wurde, wo erklärt wurde, warum die Anfragen der Bürger dort nicht gesendet wurden. Dies gebe Herr Fackiner hier zur Information und verband es mit dem Appell, auch 25 Jahre nach der Wende weiter die Kraft zu haben, unterschiedliche Meinungen zu hören und in der Öffentlichkeit stehen zu lassen. Er würde sich freuen, wenn dies auch weiter im OK so zu sehen ist und dieser offen bleibt.
- Auf die durch den Oberbürgermeister erwähnten Insolvenzen der Firmen Laukötter, Systemmöbel usw. zurückkommend, bezog sich **Herr Mrosek**, AfD-Fraktion, auf die Auftragsvergabe Friedensbrücke. Hier wurden ca. 12 Mio. in ein anderes Bundesland vergeben, was hat die Wirtschaftsförderung, was haben wir getan, damit dieser Auftrag in Dessau bleibt. Er sei informiert, dass Stahlbau Dessau als Bietergemeinschaft mit einer Baufirma aus Sachsen-Anhalt im ersten Part die Best-Bietenden waren. Es lagen 80 % der Gewichtung auf dem Preis und 20 % auf dem Bauzeitenplan, sie waren 6 Wochen langsamer, woraufhin das Ganze nochmals auf den Kopf gestellt wurde und sie den Auftrag nicht bekamen. Herr

Mrosek fragte, warum der Auftrag nicht in Dessau blieb, sondern fremdvergeben wurde.

Eine zweite Frage formulierte Herr Mrosek zu den Ampelregelungen auf der Friedensbrücke. Es gibt eine Sackgasse in die Wasserstadt hinein und es wird zu Hauptverkehrszeiten ein Stau produziert bis hin zur Autobahnbrücke. Ist das notwendig?

Zur Auftragsvergabe Friedensbrücke könne er sagen, dass sehr intensiv im Ausschuss darüber berichtet wurde, erwiderte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Die Ausschussmitglieder wissen darüber Bescheid und auch Herr Mrosek könne nochmals informiert werden, den Stadtrat aber jetzt damit zu befassen, sei s. E. überholt. Herr Hantusch schlage vor, dass sich Herr Mrosek diesbezüglich nochmals an das Tiefbauamt wendet. Dort könne der Weg klar erläutert werden, wie es auch gerade hier zur Projektbearbeitung erfolgte.

Zur Verkehrswegeführung liege die Verantwortung im Dezernat II und bei Frau BM Nußbeck.

**Frau Bürgermeisterin Nußbeck** führte aus, bei bestimmten großen Baumaßnahmen, die den Verkehr beeinträchtigen würden, ist Bestandteil der Planung auch die Verkehrsführung während der Bauzeit. Es muss abgesichert sein, dass die Baustelle möglichst Freizug hat, also die Baumaßnahme nicht durch Verkehr behindert wird, andererseits auch der fließende Verkehr möglich ist. Auch der Entscheidung, wie die Ampelregelung angeordnet ist, liegt eine Planung zugrunde, die von einem Fachplaner gemacht worden ist. Diese wurde umgesetzt und nur Korrekturen vorgenommen, was die Zeiten betrifft. Grundsätzlich sind aus fachlicher Sicht weder vom Tiefbauamt noch vom Straßenverkehrsamt gegen diese Planung Bedenken geäußert worden. Es werden beide Voraussetzungen erfüllt, der fließende Verkehr wird durch die Baumaßnahme nicht zu sehr behindert und die Bauzeit wird nicht dadurch verlängert, dass der fließende Verkehr oberste Priorität hat. Dies muss ausgewogen sein und führe immer zu Beschränkungen für beide.

- Ihn haben Anfragen von Bürgern erreicht, die angesichts der Asphaltierung der Karlstraße wissen wollen, wie es an der Stelle Lidiceplatz und Schlachthofstraße weitergeht, legte **Herr Meier**, Fraktion Liberales Bürger-Forum/DIE GRÜNEN, dar. Auf dem Lidiceplatz gäbe es klappernde Gullydeckel. Herr Meier bat um Ausführungen, wie die Planungen aussehen und ob auch Sicherungsmaßnahmen für diese extrem lockeren und lärmintensiven Gullydeckel vorgesehen sind.

**Herr Pfefferkorn**, Leiter des Tiefbauamtes, erläuterte, zunächst habe man sich sehr gefreut, in einem Teil der Karlstraße in diesem Jahr das Pflaster gegen Asphalt austauschen zu können. Natürlich ist die Absicht, Lidiceplatz und Schlachthofstraße anschließen zu lassen, im besten Fall im kommenden Jahr, wenn es das Budget des nächsten Jahres zulässt. Klappernde Kanaldeckel gehören zu den Dingen, die erfasst und mit der Deswa abgestimmt werden, was hier verändert werden kann. Den Hinweis von Herrn Meier habe er aufgenommen und werde es weitergeben.

Weitere Wortmeldungen waren nicht zu verzeichnen, der Tagesordnungspunkt wurde geschlossen.

## **8 Beschlussfassungen**

### **8.1 Bestätigung der Wahlen der Ortsbürgermeister und der stellvertretenden Ortsbürgermeister sowie Ernennung der Ortsbürgermeister zum Ehrenbeamten auf Zeit Vorlage: BV/244/2014/I-08**

Zur Ernennung der Ortsbürgermeister zum Ehrenbeamten auf Zeit waren anwesend

- Frau Christa Müller, Ortschaft Roßlau
- Herr Roland Gebhardt, Ortschaft Kleutsch,
- Herr Ralf Schönemann, Ortschaft Kleinkühnau.

Der **Oberbürgermeister, Herr Peter Kuras**, übergab den Ortsbürgermeistern die Ernennungsurkunde und nahm ihnen den Amtseid ab. Für ihre künftige Arbeit wünschte er ihnen alles Gute.

Der Stadtrat bestätigte einstimmig die Gültigkeit der Wahlen der Ortsbürgermeister.  
**Abstimmungsergebnis:** 42:00:00

### **8.2 Bestimmung von Mitgliedern für den Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Dessau (ehem. Wahl von Mitgliedern für den Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Dessau aufgrund des Widerspruchs des Oberbürgermeisters vom 22.07.2014) Vorlage: BV/182/2014/II-30**

Nach dem Aufruf des Tagesordnungspunktes durch den Stadtratsvorsitzenden erhielt **Frau Bürgermeisterin Nußbeck** das Wort. In ihrer Einführung brachte sie ihr Bedauern zum Ausdruck, dass es in der letzten Sitzung hier zu Verfahrensfehlern gekommen ist, die die Verwaltung mit zu vertreten habe. Aufgrund dessen habe die Verwaltung selbst Widerspruch eingelegt, um heute ein ordnungsgemäßes Verfahren durchzuführen.

Welche Ausgangslage für die heutige Abstimmung besteht und welche Bedingungen nunmehr heranzuziehen sind, wurde durch **Frau Nußbeck** erläutert. Den Fraktionen seien mehrere Stellungnahmen übergeben worden, so die der Rechtsabteilung des Ostdeutschen Sparkassenverbandes, des Rechtsberatungs- und Gesetzgebungsdienstes im Landtag (an Frau Lüddemann gerichtet), der Kommunalaufsicht aus dem Jahr 2014 und eine Verfügung aus dem Jahr 2008 sowie eine weitere Stellungnahme des Rechtsberatungs- und Gesetzgebungsdienstes, gerichtet an Herrn Kolze. Für die Stadtverwaltung sei einschlägig die Stellungnahme und die Verfügung der Kommunalaufsicht, da auch diese unsere Entscheidungen aufheben kann, soweit sie rechtswidrig sind.

In dem **Sparkassengesetz**, das uns vorgibt, wie die Mitglieder des Verwaltungsrates gewählt werden sollen, heißt es im § 11 (1), dass die Vertretung des Trägers für die Dauer ihrer Wahlzeit die Mitglieder des Verwaltungsrates wählt. Wählbar sind sach-

kundige Bürger. Bis zu 2/3 von ihnen können der Vertretung des Trägers angehören. Die übrigen Mitglieder müssen für die Vertretung des Trägers wählbar sein. „Es findet das jeweils für die Bildung von Ausschüssen der Vertretung des Trägers vorgesehene Verfahren Anwendung.“ Dies bedeutet, dass die Parteien oder Fraktionen nach der Reihenfolge der Anzahl ihrer Sitze das Vorschlagsrecht haben, somit haben die CDU das erste Vorschlagsrecht, die zweitstärkste Fraktion, Die Linke, das zweite Vorschlagsrecht, dann die Fraktion Liberales Bürger-Forum/DIE GRÜNEN und weiter die SPD-Fraktion.

„Für die Gruppe der der Vertretung des Trägers angehörenden weiteren Mitglieder und für die Gruppe der übrigen weiteren Mitglieder werden entsprechend den Regelungen in den Sätzen 1 und 2 ein oder unter Festlegung ihrer Reihenfolge zwei Stellvertreter in für jede Gruppe getrennten Wahlverfahren gewählt.“

Wir haben hier vier Verfahren, also vier Gruppen und vier unterschiedliche Verfahren. Für jede Gruppe beginnt das Vorschlagsrecht wieder neu zu zählen.

Dies ergibt sich nochmals ausdrücklich aus der **Stellungnahme der Kommunalaufsicht**, die in ihrer Stellungnahme vom 16. September 2014 unter anderem ausführt „Die Besetzung der weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates richtet sich nach § 11 (1) Sparkassengesetz, gemäß Satz 1 dieser Vorschrift wählt die Vertretung die Mitglieder des Verwaltungsrates.“ Wie diese Wahl zu erfolgen hat, wird im Satz 1 nicht näher bezeichnet, konkretisiert wird diese Vorschrift jedoch dadurch, dass auf den § 47 Kommunalvertretungsgesetz verwiesen wird. Dabei handelt es sich um den für die Bildung und Zusammensetzung der Ausschüsse einschlägigen Paragraphen. Dann heißt es wörtlich: „Die Vertretung stellt die sich durch die Vorschläge der Fraktionen ergebende Sitzverteilung lediglich durch Beschluss fest. Es ist hierbei an die sich kraft Gesetzes ergebende Sitzverteilung und die Benennung der Mitglieder durch die Fraktionen gebunden.“ Dies bedeutet, dass wir vier Gruppen haben, für die jeweils von neuem das Vorschlagsrecht gilt:

1. die Gruppe der Stadträte,
2. die Gruppe der Stellvertreter der Stadträte,
3. die Gruppe der sachkundigen Bürger und
4. die Gruppe der Stellvertreter der sachkundigen Bürger.

Bis zum gestrigen Tage hat die Verwaltung die eingegangenen Vorschläge aufgenommen. Heute wurden den Mitgliedern des Stadtrates die aktuellen Vorschläge der Fraktionen übergeben. Dazu zitierte **Frau Nußbeck** den Satz aus der Stellungnahme der Kommunalaufsicht von 2014: „Gleichwohl bleibt es den Fraktionen freigestellt, für die ihnen jeweils zustehenden Plätze Mitglieder zu benennen, die nicht ihrer eigenen Fraktion oder Partei angehören.“ Diese müssen nur die Voraussetzungen nach § 11 (1) erfüllen.

**Herr Stadtratsvorsitzender Ehm** verlas die nunmehr heute vorliegenden Vorschläge und richtete an die Fraktionen die Frage, ob diese so bestehen bleiben. Dies wurde bejaht und Herr Ehm rief zur Abstimmung auf.

**Zur Geschäftsordnung** meldete sich **Herr Berghäuser, Fraktion Die Linke**. Er betonte, für ihn ergebe sich ein Widerspruch, indem er eine Einladung erhalten habe, auf der unter 8.2 „Wahl“ benannt wurde. In der Geschäftsordnung des Stadtrates stehe im § 12 etwas über Wahlen. Heute erhielt er eine Vorlage „Bestimmung“.

Auf den Hinweis von Frau BM Nußbeck zu ihrer Erklärung, entgegnete Herr Berghäuser, dann wäre die Tagesordnung falsch. **Frau Nußbeck** erläuterte nochmals, im Sparkassengesetz lautet es „Wahl“, weshalb die Vorlage „Wahl ...“ hieß. Im Paragraphen des Gesetzes stehe aber, es findet das Verfahren zur Bildung von Ausschüssen statt, weshalb dies auch so durchgeführt wird.

Zur weiteren Erläuterung fügte **Herr Oberbürgermeister Kuras** an, Herr Berghäuser weise mit Recht auf ein Problem hin, welches aber weder das Präsidium noch die Verwaltung lösen könne. Es sei ein gewisser Widerspruch – das Sparkassengesetz sagt, es ist eine Wahl, verweist dann aber auf das Verfahren zur Bildung von Ausschüssen. Real ist es keine Wahl im ursprünglichen Sinne, sondern eine Bestätigung. Der Stadtrat bestätigt am Schluss nochmals die unterbreiteten Vorschläge.

Ergänzend erklärte **Herr Stadtratsvorsitzender Ehm**, bei der Aufstellung der Tagesordnung hatte sich das Präsidium aufgrund des Widerspruchs des OB an die alte Beschlussvorlage zu halten. Diese war auch bis zur Einladung unverändert. Es besteht aber jetzt noch die Möglichkeit, Änderungen mitzuteilen, wofür es sich ja auch bei der heute ausgereichten Vorlage handelt.

Abschließend merkte **Herr Ehm** an, s. E. sei der Sachverhalt „Wahl“ oder „Bestimmung“ eindeutig erläutert worden. Ergänzend erklärte **Herr Hoffmann**, 1. Stellv. Vorsitzender, da es eine Wiedervorlage ist, ist pflichtgemäß der Tagesordnungspunkt genauso zu benennen, wie bei der ersten Beschlussfassung zur Vorlage. Da sich aber der Inhalt nach der neuen Rechtsauffassung anders gestaltet, wurde der TOP zwar als „Wahl“ aufgerufen, aber die Vorlage werde nunmehr als „Bestimmung...“ bezeichnet.

Das Abstimmungsverfahren fortsetzend bat **Herr Ehm**, Vorsitzender des Stadtrates, nochmals um Bestätigung der in den Punkten 1 bis 4 jeweils benannten Vertreter seitens der Fraktionen. Diese wurde gegeben und es erfolgte die Abstimmung zu

|  |                                |
|--|--------------------------------|
| Punkt 1 (Gruppe der Stadträte)           | Abstimmungsergebnis: 36:01:04  |
| Punkt 2 (Stellvertreter)                 | Abstimmungsergebnis: 36:01:04  |
| Punkt 3 (Gruppe der sachkundigen Bürger) | Abstimmungsergebnis: 26:01:14  |
| Punkt 4 (Stellvertreter)                 | Abstimmungsergebnis: 37:01:03. |

*(Anmerkung: Herr Berghäuser gab zu Protokoll, an keiner der Abstimmungen teilgenommen zu haben.)*

Die Bestimmung der Mitglieder des Verwaltungsrates erfolgte mehrheitlich.

#### **Abstimmungsergebnis:**

s. Einzelabstimmung zu Beschlussvorschlägen 1 bis 4.

### **8.3 Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und deren Stellvertreter für die 6. Wahlperiode Vorlage: BV/248/2014/V-StR**

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, verwies zunächst auf die vorliegenden Wahlvorschläge der Fraktionen (Anlage A der Beschlussvorlage). Seinem Vorschlag, eine offene Wahl durchzuführen, wurde nicht widersprochen. Herr Ehm verlas vor der Abstimmung die zur Wahl vorgeschlagenen Personen. Die anwesenden Perso-

nen stellten sich durch Erheben vom Platz vor. Es gab mehrheitliche Zustimmung zur Anlage A. Im Anschluss erklärte Herr Ehm, bezüglich der Wahlvorschläge der Wohlfahrtsverbände und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe müsse eine geheime Wahl stattfinden, da deutlich mehr Bewerber als Plätze vorhanden sind.

Nach dem Hinweis, dass 6 Stimmen vergeben werden können, erfolgten die Ausgabe der Stimmzettel und der Wahlgang. Als Zählkommission agierten Frau Angela Müller (SPD-Fraktion), Herr Otto Glathe (CDU-Fraktion) und Herr Manfred Semper (Fraktion Die Linke). Während der Auszählung der Stimmzettel wurde in der Tagesordnung bis einschließlich TOP 8.6 weiter verfahren.

Nach Vorliegen des Wahlergebnisses gab der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Ehm**, bekannt, dass von den zu wählenden freien Trägern nur der Behindertenverband Dessau e.V. (26 Stimmen) und das Diakonische Werk e.V. (23 Stimmen) die erforderliche Mehrheit erreicht haben, so dass ein 2. Wahlgang notwendig sei. Aus diesem Grund werde ein weiterer Stimmzettel ausgegeben, auf dem alle nicht Gewählten wieder aufgeführt sind. Er verwies auf die maximal 4 zu vergebenden Stimmen.

Das Ergebnis des 2. Wahlganges wurde durch **Herrn Ehm** bekannt gegeben. Gewählt wurden von den aufgeführten Wohlfahrtsverbänden und Trägern der freien Jugendhilfe:

- K.I.E.Z. e.V. (21 Stimmen)
- Ölmühle Roßlau e.V. (20 Stimmen)
- Lebenshilfe Dessau e.V. (18 Stimmen)
- St. Johannis GmbH (17 Stimmen).

#### **Abstimmungsergebnisse:**

**Zu Anlage A:** 41:01:00

**Zu Anlage B** - gewählt wurden

|              |                                       |              |
|--------------|---------------------------------------|--------------|
| 1. Wahlgang: | <b>Behindertenverband Dessau e.V.</b> | (26 Stimmen) |
|              | <b>Diakonisches Werk e.V.</b>         | (23 Stimmen) |
| 2. Wahlgang: | <b>K.I.E.Z. e.V.</b>                  | (21 Stimmen) |
|              | <b>Ölmühle Roßlau e.V.</b>            | (20 Stimmen) |
|              | <b>Lebenshilfe Dessau E.V.</b>        | (18 Stimmen) |
|              | <b>St. Johannis GmbH</b>              | (17 Stimmen) |

#### **8.4 Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat des MVZ Vorlage: BV/254/2014/II-30**

Herr Dr. Jost Melchior wurde in den Aufsichtsrat der MVZ SKD GmbH entsandt.

**Abstimmungsergebnis:** 38:00:01

**8.5 Entsendung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport**  
**Vorlage: BV/256/2014/II-30**

Herr Burghard Duhm wurde als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport entsandt.

**Abstimmungsergebnis:** 30:01:00

**8.6 Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2013**  
**Vorlage: BV/235/2014/II-20**

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, und Herr Tschammer, SPD-Fraktion, erklärten sich befangen und nahmen an der Verhandlung des Tagesordnungspunktes nicht teil.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 37:00:00

**8.7 Berufung des Beirates für Stadtgestaltung**  
**Vorlage: BV/227/2014/VI-61**

Der Beschlussvorlage wurde mehrheitlich zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** 41:01:00

**8.8 Wahl ehrenamtlicher Richter beim Verwaltungsgericht Halle**  
**Vorlage: BV/219/2014/II-30**

Zu dem Vorschlag des Vorsitzenden des Stadtrates Lothar Ehm, eine offene Abstimmung durchzuführen, gab es seitens der Stadträte keinen Widerspruch.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 42:00:00

**8.9 Bekräftigung des Ratsbeschlusses vom 20. März 2013 zur Bereitstellung der Fläche am Rande des Stadtparkes für den Bau des Ausstellungszentrums für das Bauhaus Dessau**  
**Vorlage: BV/259/2014/I-OB**

Nach Verlesen des Beschlussvorschlages verwies **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, auf die seinerseits erfolgte Einladung der Direktorin des Bauhauses, welche aus Termingründen jedoch kurzfristig abgesagt hat. Sie werde aber sich aber zur nächstmöglichen Sitzung vorstellen und einige Gedanken zum Bauhaus äußern.

Einführend bezog sich **Herr Oberbürgermeister Kuras** zunächst auf den gefassten Beschluss 2013 mit 3 Standorten. Heute gehe es um eine Stärkung, eine Präzisie-

rung dieses Beschlusses. Zwar könne der Vorlage der Vorzugsstandort entnommen werden, es sollte aber ein Signal an das Land, aber vor allem an den Bund gegeben werden, dass die Stadt sich einig ist und an einem Strang zieht. Entschlossenes Handeln sei gefragt und werde auch erwartet. Es gebe insbesondere in Berlin große Begehrlichkeiten bezüglich der Bereitstellung finanzieller Mittel durch den Bund, nicht nur von dem Bauhausarchiv, sondern auch von der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die ebenfalls einen Museumsneubau fordern für die Kunst der Moderne, also des 20. Jahrhunderts. Die dort geforderten Mittel stammen aus der gleichen Quelle, wie die Mittel, die wir haben wollen.

An den Landesrechnungshof gewandt, ging er auf die Berichterstattung in der Presse ein. In der Tat habe sich der Landesrechnungshof kritisch zu der Standortauswahl geäußert. Es liege ein Berichtsentwurf vor, was noch nicht die letzte Fassung sei. Herr Kuras verwies auf das am 12.08.2014 erfolgte Abschlussgespräch. Das sei insoweit ein übliches Verfahren, andererseits finde er es grenzwertig, wenn nicht sogar übergriffig, wenn sich der Rechnungshof zur städtebaulichen Geeignetheit von Baustandorten äußert. Hier werde der Auftrag dieser Behörde überdehnt, was er auch dem zuständigen Senator während des Gespräches mitgeteilt habe.

In der Sache selbst, in den Feststellungen, sei man in einigen Punkten schon dezidiert anderer Auffassung, z. B. zu dem vom Landesrechnungshof favorisierten Standort an den Meisterhäusern. Zu diesem Standort werde ignoriert, dass eine Entmietung, ein Abriss eines möglicherweise unter Denkmalschutz stehenden Gebäudes erforderlich wäre. Es werde ausgeblendet, dass gerade auch die anderen Standorte mit erheblichen Problemen behaftet sind. Es gebe auch eine sehr partielle Sichtweise des Rechnungshofes, gerade was Aspekte dieser Entscheidung betrifft. **Herr OB Kuras** habe in dem Gespräch deutlich gemacht, dass die Stadt eine Gesamtwürdigung aller Aspekte vornehmen müsse, gerade den der städtebaulichen Geeignetheit und auch touristische Aspekte.

**Herr OB Kuras** wolle keine einseitige Schelte des Rechnungshofes vornehmen, wir wissen, dass viele Investitionsvorhaben in den Kosten überzogen sind. Man müsse sehen, dass die Geldansätze nicht überzogen werden. Hier gebe es eine klare Aussage des Kultusministers, der auch in diesem Gespräch gesagt hat, dass die Kosten gedeckelt sind. Die Sorge der Mehrausgaben durch einen erhöhten Raumbedarf werde es insoweit nicht geben, dass, wenn das Geld nicht reicht, auch nicht gebaut wird. Also was für den vereinbarten Preis von 25 Mio. € machbar ist, werde erreicht, alles Weitere könne dann nicht realisiert werden.

**Herr Oberbürgermeister Kuras** verwies auf eine Petition von Bürgerinnen und Bürgern gegen den Standort, welche er sehr ernst nehme. Es sei keine geringe Anzahl von Personen, die sich dagegen ausgesprochen habe, aber er sehe auch einen hohen Grad an Missverständnissen, die im Raum stehen und für die die Bürger auch nicht verantwortlich sind. In Leserbriefen habe er z. B. oft gelesen, dass die für die Bebauung vorgesehene Fläche in dem im B-Plan vorgegebenen Geltungsbereich noch einmal durch Beschluss des Haupt- und Personalausschusses vergrößert wurde, was aber verwechselt wird mit der Ausdehnung des Baukörpers.

Man könne nicht erwarten, dass die Leute sich im Bauplanungsrecht auskennen. Es sei unsere Aufgabe, den Leuten klar zu machen, dass das Gebäude keinesfalls ein solches Ausmaß annehmen werde, wie der skizzierte Geltungsbereich im Bebauungsplan. Das werde kommuniziert. Unsere Aufgabe und auch die des Rates sei es,

dass diese Missverständnisse beseitigt werden und man offensiv kommuniziert und die Vorzüge, die dieser Standort zweifellos hat, auch noch einmal hervorhebt und herausstellt. Alle Standorte seien mit Vor- und Nachteilen behaftet.

In der Petition werde auf Alternativstandorte nicht eingegangen, aber in vielen Briefen und es werden oft Vorschläge gemacht, bei denen der Bürger nicht ohne Weiteres wissen kann, dass Eigentumsverhältnisse dagegensprechen. Das alles werde man erklären müssen. Herr OB Kuras sei sich sicher, dass es gelingt, die Leute davon zu überzeugen.

Es gebe jetzt auch eine Petition im Internet Pro diesen Standort, welche auch schon eine 3-stellige Zahl hat. Deshalb werde eine weitere größere Informationsveranstaltung geplant. Es gelte, dann intensiv und zeitnah an diesem Projekt weiter zu arbeiten. Aufgabe der Stadt sei es, zunächst den Baugrund zu untersuchen, was das übliche Verfahren ist. Diese Untersuchung habe er erst einmal angehalten, weil wir auch das erst kommunizieren müssen. Wenn man jetzt dort mit einem Baugerät erscheine, erwecke es den Eindruck, dass mit der Maßnahme bereits begonnen wird. Das wolle er vermeiden, denn weitere Missverständnisse könne man nicht gebrauchen. Man habe aber nicht alle Zeit der Welt, denn die Bauleute brauchen frostfreien Boden für ihre Arbeiten. Deshalb soll die Informationsveranstaltung rechtzeitig durchgeführt werden.

Weiterhin müsse man mitarbeiten an der Aufgabenstellung für den Architektenwettbewerb, der von der Stiftung angestoßen wird. Die Stadt müsse natürlich ihre Vorstellungen einbringen und die Anforderungen formulieren, die der Standort Stadtpark nun einmal hat. Er sei sensibel und wird in vielfältiger Weise genutzt, worauf Rücksicht genommen werden müsse. Auch das werde dazu beitragen, die Vorbehalte in der Bevölkerung etwas zurückzudrängen, wenn man klar sagen kann, dass bestimmte Nutzungen, die jetzt implementiert wurden mit vielen Partnern und Anstrengungen, nicht gefährdet sind. Das und auch der Austausch der Gestaltungsvorstellungen mit der Stiftung Bauhaus, um ein architektonisch ansprechendes und dem Bauhausgedanken Rechnung tragendes Gebäude bekommen, werden unsere Aufgaben sein. Der Wettbewerb sei bereits finanziert, der Bund habe eine halbe Mio. € zur Verfügung gestellt.

Weiterhin seien die Infrastrukturmaßnahmen, die im unmittelbaren Umfeld zu gestalten sind, wichtig und werden im Dezernat VI vorbereitet oder sind z. T. auch schon fertig. Dazu gehören z.B. die Neugestaltung der Kavaliertstraße und Schaffung Parkplatz. Die Aufgaben der Stadt seien, dass sie mit Fördermitteln untersetzt und auch haushaltsrechtlich entsprechend umgesetzt werden.

Man brauche ein klares und deutliches Signal. Deshalb sei diese Beschlussvorlage relativ kurz. **Herr OB Kuras** bat darum, sie nicht zu sehr mit Änderungen zu überfrachten. Jetzt sei erst einmal die Ansage wichtig, die Klarheit schafft. Andere Überlegungen könne man aufnehmen. Man müsse endlich das Potential ausschöpfen.

In zahllosen Gesprächen während seines Wahlkampfes habe Herr Kuras immer wieder gesagt, Frust und Unzufriedenheit unserer Bürgerinnen und Bürger resultieren auch daraus, dass wir insbesondere die touristischen Potentiale, die wir haben, nicht in hinreichender und adäquater Form ausschöpfen. Das betreffe in besonderer Weise das Bauhaus. Die Exponate, wo Touristen kommen, um gerade diese zu sehen, seien in einem Depot in der Schultheissbrauerei verschlossen und dort komme man

in der Regel als Tourist nicht hinein. Das Bauhausmuseum, was wir haben wollen und fordern, werde diesen Missstand endgültig beenden. Wir werden den Touristen unsere Schätze zeigen können. **Herr OB Kuras** sagte zu, dass über alle weiteren Schritte immer zeitnah informiert werde. Deshalb bat er den Stadtrat, geschlossen ein Zeichen zu geben.

**Herr Fackiner**, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, begrüßte die klaren Worte des Oberbürgermeisters. Alle haben sicher in den letzten Wochen viele Gespräche geführt. Seine Erfahrung sei, dass man die Leute mit Informationen für diesen Standort gewinnen kann. Die Arbeit daran müsse jetzt anfangen. Man sei dem Standort jetzt verpflichtet, egal was jeder persönlich davon halte. Jeder Standort der in Dessau gebaut wird, sei eine Herausforderung, funktioniere nicht von selber, bedarf Arbeit.

Deshalb stelle er im Namen der Fraktion den **Antrag auf Ergänzung** des Beschlussvorschlages **um einen Punkt 4**: „Der Stadtrat erwartet, dass mit diesem Beschluss eine konstruktive und umsetzungsorientierte Projektphase beginnt. Der zweistufige Wettbewerbsansatz der Stiftung Bauhaus bietet die Möglichkeit konkreter Impulse für die Umsetzung. Diese Impulse müssen in den Ausschüssen des Stadtrates und im Rahmen der Bürgerbeteiligung erarbeitet werden. In diese Bearbeitung sind die vorliegenden Anregungen und Einwendungen einzuziehen. Parallel muss die Entwicklung des innerstädtischen Umfeldes konkretisiert werden.“

Ziel sei, die Botschaft nach außen auch mit einer Botschaft nach innen zu ergänzen, denn man brauche diese Gespräche, weshalb diese Ergänzung vorgenommen werden sollte.

**Herr Tonndorf**, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, bemerkte, er hatte das Bauhaus in den Mittelpunkt seines Besuches mit Gästen gestellt. Man hatte sich sämtliche Bauhausbauten der Stadt angesehen und war auch in dem recht gut gestalteten Verkaufsraum im Bauhaus selbst. Seine Gäste meinten, es sei schade, dass für die Exponate kein größeres Museum zur Verfügung steht. Er habe den Gästen dann erklärt, dass man sich gerade in der Findungsphase befindet. Herr Tonndorf werbe dafür, Nägel mit Köpfen zu machen, zumal die Zeit schon weit vorgeschritten ist. Deshalb verlange er als Stadtrat vom Dezernat VI die Erstellung eines Zeitplanes, der mit dem Eröffnen dieses Museums beginnt im Jahr 2019 und detailliert die Termine ansagt, die unbedingt gehalten werden müssen, um das zu verwirklichen. Auch der Bauausschuss sollte hier den Daumen draufhaben, deshalb sollte ein derartiges Papier in der nächsten Ausschusssitzung vorgelegt werden.

Ihre Verwunderung, dass der Stadtratsbeschluss vom 20.03.2013 noch einmal bekräftigt werden soll, brachte **Frau Benkenstein**, Fraktion AfD, zum Ausdruck. Die Fraktion habe festgestellt, dass hier von 3 Standorten die Rede war und nicht genau der Stadtpark dem Stiftungsrat benannt wurde. Nun soll dieser Fehler behoben werden.

3.600 Bürgerinnen und Bürger haben in einer Petition den Wunsch bekräftigt, dem Wort Bürgerbeteiligung auch entsprechende Taten folgen zu lassen und die Bürger an unseren Entscheidungen zu beteiligen und nicht nur Ergebnisse mitzuteilen. Herr Kuras hatte gesagt, dass er das zukünftig ändern wolle, aber es gehe nicht nur darum, den Bürgern Entscheidungen mitzuteilen, sondern sie auch mitzunehmen bei

dem, wie die Entscheidungen gefällt werden und was uns zu diesen Entscheidungen auch führt. Hätte man von Anfang an die Bürger so beteiligt, müsste heute kein Beschluss bekräftigt werden.

Am 14.07.2014, als es zu diesem Stadtgespräch im Alten Theater kam, hatte man erkannt, dass den Bürgern zum ersten Mal begreiflich wurde, dass feststeht, wo das Bauhausmuseum hinkommen soll. Sie waren enttäuscht, dass das schon feststand und haben arg diskutiert. Man wolle nicht in eine ausgedehnte Standortdiskussion verfallen, sondern dazu auffordern, den Bürgern deutlich zu machen, warum das Bauhausmuseum jetzt dorthin gebaut werden soll, denn sie wissen es noch nicht.

Die Gegenpetition hatte heute Mittag übrigens 453 Stimmen, unsere Petition hatte 3.600, was bezeichnend dafür sei, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht aufgeklärt wurden. Es gebe viele Fragen, z. B. was ist mit den Fördermitteln, mit denen damals der Stadtpark saniert wurde, was wird mit der Zusage der Stadt, mit den 10 %, die Herr Kuras schon erwähnt hatte. Im Bebauungsplan 220 seien z. B. die Zuwege zum geplanten Museum auch so eingezeichnet, dass sie den Stadtpark durchqueren, d. h., auch hier könne man die 10 % auslegen wie man möchte. Was mit dem Teehäuschen wird, habe keiner angesprochen. Herr Kuras habe über den Landesrechnungshof gesprochen, aber auch ein Gutachten von anderen Büros habe festgestellt, dass viel mehr Kosten entstehen. Sie frage, wer diese Kosten übernehmen wird.

Die AfD sei weiterhin gegen diesen Standort, sollte er jedoch heute bekräftigt werden, werde man alles dafür tun die Bürger mitzunehmen und werde sich nicht in den Weg stellen. Dennoch sei man der Meinung, dass es einen Alternativstandort gibt, der besser und finanziell möglich wäre.

Die Fraktion die Linke unterstützt den Antrag des Oberbürgermeisters und den Ergänzungsantrag der Fraktion Liberales Bürger-Forum/DIE GRÜNEN, brachte **Herr Schönemann** zum Ausdruck. An die Ausführungen von Frau Benkenstein anschließend, bemerkte er, es sei immer eine Frage, inwieweit man sich in der Sachlage auskennt und legitim, einige Dinge infrage zu stellen. Man sei bereit zu helfen, zukünftig, wenn es um städtische Probleme geht, auch die öffentliche Diskussion in neuer Qualität zu führen, den Bürger intensiver mitzunehmen. Das wurde nicht zuletzt in der ersten Veranstaltung des Stadtgespräches deutlich, welche Zeichen setzen sollte für weitere Veranstaltungen. Herr Schönemann sei sicher, dass die Folgeveranstaltungen zum Thema besser gelingen, weil dann die Aufgabenstellung und Abstimmung vielleicht eine andere ist.

Er bekräftigte, heute soll kein Fehler korrigiert, sondern ein deutliches Signal an den Bund gesandt werden, dass die Stadt Dessau-Roßlau ihre Hausaufgaben macht und dass es unzweifelhaft ist, dass wir dieses Museum brauchen und wollen. Es sei auch klar, dass es zur Stunde keinerlei konkrete Planungen gibt, deshalb sei die Diskussion über die Rolle und Bedeutung an dieser Stelle völlig deplatziert. Man werde im Detail, auch bei der Entwicklung dieses Vorhabens, Vorschläge aus der Bürgerschaft erhalten. **Herr Schönemann** halte es für gut, dass wir die Aufgabenstellung für den Architekturwettbewerb im Bauausschuss diskutieren und begleiten werden, was in der Vergangenheit mit Herrn Oswald getan wurde und auch zukünftig auch mit Frau Perren tun werde. Sie habe signalisiert, dass sie bereit dazu ist. Bauherr sei die Stiftung und nicht die Stadt Dessau. Aus diesem Grunde sei man ein wertvoller Mitstreiter und nicht der Hauptakteur. Deshalb sollte heute ein deutliches Zeichen und der

Wille in die Bevölkerung gesandt werden, dass wir diesen Standort und das Bauhausmuseum wollen, um 2019 ein entsprechendes Signal in die Welt senden zu können.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau**, betonte, er gehe jeden Beschluss oder jeden Antrag mit, wenn er den Standort stärkt und uns auf dem Weg vorwärts bringt. An die Fraktion, welche den Ergänzungsantrag stellte richtete er die Bitte, ob sie nicht darauf verzichten kann, denn das Anliegen sei, dass wir als Stadtrat mitgenommen werden wollen bei der Entwicklung der Planung und dass wir die Bürger mitnehmen, sie im Nachgang und auch weiterhin ausführlich informieren. Dazu habe man das Wort des Oberbürgermeisters in seiner Einführung und es werde im Protokoll stehen. Insofern sollte man es nicht weiter komplizieren, denn Bauherr sei das Bauhaus und das Geld geben der Bund und das Land. Es sei besser, den Ergänzungsantrag nicht aufzunehmen und sich auf die Zusage des Oberbürgermeisters zu beziehen.

Sich auf das Gutachten beziehend, stellte Herr Otto fest, wenn dort drin steht, der Standort wird teurer, weil man zusätzlich Toiletten am Standort Stadtpark braucht und an den Sieben Säulen nicht, mache das deutlich, dass es ein Gefälligkeitsgutachten ist. Wenn solche Gutachten beim Landesrechnungshof zu Grunde gelegt werden, verwundere es nicht, wenn dann solche Ergebnisse herauskommen. Deshalb bat Herr Otto die Fraktion Liberales Bürger-Forum/DIE GRÜNEN, den Antrag zurückzuziehen. Ansonsten stimme er auch dafür, denn die Hauptsache sei, man komme vorwärts.

**Herr Mrosek**, Fraktion AfD, brachte zum Ausdruck, dass die Fraktion nicht gegen den Bau eines Bauhausmuseums ist. Das brauche Dessau und es sei wie ein Lottogewinn, dass die Mittel bereitgestellt werden, um die Exponate auszustellen. Die AfD sei lediglich gegen den Standort Stadtpark aufgetreten, was man auch beibehalten werde. Die Alternativstandorte, die im letzten Beschluss benannt wurden, seien auch nicht die Favoriten. Die Gutachten, die er kenne, sagen alle aus, dass der Stadtpark zu weit weg und die Nähe zum Bauhaus nicht gegeben ist. Es gibt ein Grundstück in der Nähe vom Bauhaus, das Grundstück zwischen dem Umweltbundesamt und dem alten Wörlitzer Bahnhof. Das sei ein städtisches Grundstück, es müsse nichts abgerissen werden, hätte eine bessere Verkehrsanbindung als der Stadtpark, ein städtebaulicher Missstand würde beseitigt, der im Masterplan auf der Seite 31 benannt ist. Die Bauleitplanung sei schnell umzusetzen, da der Flächennutzungsplan eine Mischnutzung vorsieht. Somit seien auch keine Einwendungen zu erwarten. Es könne gut an das Handlungsfeld des Kulturtourismus angeschlossen werden, da perspektivisch eine weitere Entwicklung Bauhaus und Gartenreich möglich ist. Die Verlegung des Elberadweges wäre mit einfachsten Mitteln möglich. Im Umfeld gebe es kleinere Ladenlokale, die davon profitieren. Synergieeffekte gebe es auch zwischen UBA und Bauhausmuseum. Das UBA habe täglich um die 80 bis 100 Besucher, die dann über die Straße gehen und das Bauhausmuseum betrachten können. Eine Bahn- und Busanbindung ist gegeben, Parkplätze und eine Kooperation zum Theater seien möglich. Die AfD fordert eine stärkere Bürgerbeteiligung, wenn in Zukunft das Projekt umgesetzt wird,

**Herr Hoffmann**, Fraktion Die Linke, begrüßte den Redebeitrag von Frau Benkenstein, da sie in einem ihrer letzten Sätze zu erkennen gab, dass sie bereit ist, eine demokratische Entscheidung mitzutragen und sich dann um die Bürger zu bemühen, damit sie diese auch verstehen. Das jetzt Gehörte sei genau das, worauf andere

Leute, die das Geld nicht bereitstellen wollen, warten und mit dem Argument kommen, man solle sich erst einmal einig werden. Wir waren uns einig und er hoffe, man bleibe sich einig.

Es gehe bei diesem Antrag darum, genau das Signal zu senden, um auch klare Aussagen zum Geld zu erhalten. Die Fristen seien knapp. Frau Perren habe genau gesagt, wie ihre Zeitschiene ist, wann wir bestimmte Entscheidungen brauchen, damit man überhaupt handlungsfähig ist. Was den Haushalt und die Planung betrifft, müssen grundlegende Dinge bis Mitte des nächsten Jahres fix sein, da sonst das ganze Projekt in Gefahr sei.

An anderen Stellen, wie auch bei der JVA, habe man bemerkt, wenn wir uns nicht melden und klar signalisieren, was wir als Stadt für die Bürger, aber auch als Rat wollen, machen die Politik im Land und im Bund was sie wollen, aber nicht was wir brauchen. Hier gehe es um ein klares Bekenntnis, dass die anderen auch wissen, was wir fordern und erwarten, damit wir vorankommen. Man benutze solche Debatten nur als Ausrede, was keiner brauche.

**Herr Puttkammer, CDU-Fraktion**, erklärte, immer für den Standort in Ziebigk gewesen zu sein. Er habe sich aber hier überzeugen lassen müssen, dass auch andere Standorte möglich sind. Wir haben eine Entscheidung getroffen, dass wir diese Entscheidung aus unseren Händen geben und die Betroffenen selbst wählen lassen, wo das Gebäude entstehen soll. Keiner von uns weiß, wie es aussieht, aber jeder von uns kann Wünsche äußern. Wenn wir jetzt den Standort wieder gefährden, weil wir eben nicht einheitlich handeln, haben wir ein großes Problem, denn man verhindere vielleicht etwas, was man dringend braucht. Im Namen der Fraktion bat er um eine einheitliche Abstimmung, denn man müsse sich zu etwas bekennen und das sei die Entscheidung aus der letzten Legislaturperiode. Es sollte abgestimmt und nicht kompliziert werden.

Bezüglich des gestellten Ergänzungsantrages bemerkte er, man müsse auch Vertrauen wagen und sich auf ein Risiko einlassen. Wir können unsere Wünsche äußern. An Frau Benkenstein gewandt, merkte er an, es könne für das Teehäuschen nichts Besseres geben, als dass Touristen in unmittelbarer Nähe angelandet werden.

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, unterbreitete der Fraktion Liberales Bürger-Forum/DIE GRÜNEN; den Vorschlag, den Text des Ergänzungsantrages in das Protokoll aufzunehmen, denn der Hauptantrag sollte nicht zusätzlich belastet werden. Mit diesem Vorschlag erklärte sich die Fraktion einverstanden.

Herr Ehm wandte sich an die AfD-Fraktion, welche eine Petition eingereicht hatte, die am Ende dem Stadtrat vorlag und merkte an, diese Beschlussvorlage und die Abstimmung des Stadtrates dazu sei die offizielle Antwort des Stadtrates an alle Petenten, die sich beteiligt und die sie initiiert haben.

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 36:04:02

**8.10      Maßnahmebeschluss zur Einführung des Digitalfunks in der Rettungsleitstelle Dessau-Roßlau mit Umsetzung der Notrufverordnung  
Vorlage: BV/196/2014/II-37**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 38:00:01

**8.11      Ergänzung Gesamtmaßnahmeplan zur Beseitigung von Hochwasserschäden in der Stadt Dessau-Roßlau  
Vorlage: BV/210/2014/II-37**

Die Vorlage wurde beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 39:00:00

**8.12      Überprüfung auf Zugehörigkeit zur Staatssicherheit der DDR  
Vorlage: BV/253/2014/V-StR**

**Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion,** führte aus, dass mit der durch den Vorsitzenden des Stadtrates eingereichten Vorlage einem Wunsch entsprochen werde, der sich nach der Kommunalwahl 2014 im politischen Raum Dessau-Roßlaus abgezeichnet habe. Der Vorsitzende des Stadtrates sei der Aufforderung der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Frau Neumann-Becker, nachgekommen, die kommunalen Mandatsträger und Wahlbeamten nach den § 20 und 21 Stasiunterlagengesetz zu überprüfen. Die Landesbeauftragte begründet die Überprüfungsaufforderung in ihrem Schreiben vom 04.06.2014, welches der Vorlage als Anlage beigefügt ist, sehr anschaulich: „Manche mögen fragen, warum denn jetzt noch – 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution?“ Er verlas die in dem Schreiben aufgeführten 5 Gründe und zitierte den Satz: „Ich halte – gerade jetzt 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution – die Entscheidung einer kommunalen Vertretungskörperschaft für eine Überprüfung für ein starkes Zeichen.“

Herr Dreibrodt bemerkte, die Dessau-Roßlauer Stadträte sehen das sicher nicht anders. Er stellte folgenden **Ergänzungsantrag:**

- Mit der Zustimmung zur Beschlussvorlage erklärt der einzelne Stadtrat, die Überprüfung seiner hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR zur Kenntnis zu nehmen und das entsprechende Formblatt auszufüllen und zu unterschreiben.
- Der Stadtrat wird zeitnah über die Umsetzung der Beschlussvorlage informiert. Wird eine Mitarbeit festgestellt, soll vertraulich in einer zuvor gewählten Überprüfungscommission (Sonderausschuss) mit dem Betroffenen gesprochen, der Fall bewertet und das weitere Verfahren beraten werden.

Den Antrag begründend legte Herr Dreibrodt dar, wenn die vorliegende Beschlussvorlage so belassen wird, könne jeder Stadtrat, auch ein eventuell Stasibelasteter, getrost zustimmen. Mancher werde beim Lesen der Vorlage über die eigenartige Formulierung mit Kenntnisnahme gestolpert sein. Was hat es damit auf sich? Der

gesetzliche Zusatz „mit Kenntnisnahme“ ermöglicht es jedem, seine Stasiüberprüfung zu verhindern allein dadurch, dass er das amtliche Formblatt, welches der Vorlage anhängt, nicht ausfüllt. So leicht dürfe man es sich nicht machen. Wenn man gemäß Ergänzungsantrag, den einzelnen Stadtrat auffordert, der Kenntnisnahme seiner Überprüfung zuzustimmen oder diese abzulehnen, gewinne die Beschlussvorlage an Bedeutung und mache erst wirklich Sinn. Wir sind die gewählten Vertreter unserer Bürger, die uns ihr Vertrauen geliehen haben. Wer als Stadtrat einer Stasiüberprüfung seiner Person zustimmt oder diese ablehnt, sollte es öffentlich tun. Zusätzlich stelle er den **Geschäftsordnungsantrag**, eine **namentliche Abstimmung** zur Vorlage vorzunehmen. Hierzu bat er um Zustimmung, ebenso zum Ergänzungsantrag.

**Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, fragte, ob es rational wäre, nur die neuen Stadträte überprüfen zu lassen.

Die Landesbeauftragte spricht von allen Stadträten, weil in den Unterlagen auch immer wieder neue Erkenntnisse dazu kommen, erklärte **Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**.

Der von Herrn Dreibrodth gestellte **Ergänzungsantrag** wurde mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen **angenommen**.

Dem Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung wurde mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen und keiner Enthaltung zugestimmt und somit durchgeführt. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Die Vorlage wurde geändert beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** 39:03:00

**Herr Ehm, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete den öffentlichen Teil der Sitzung mit dem Hinweis und der Einladung für das Walderseefest am kommenden Wochenende und stellte Nichtöffentlichkeit her.

## **11 Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wurde durch seinen Vorsitzenden beendet.

Dessau-Roßlau, 15.11.14

---

Lothar Ehm  
Vorsitzender des Stadtrates

E. Baumer  
Schriftführerin